

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Jänner 1957

65/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , S t e n d e b a c h und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
betreffend Abstellung der Gewährung bevorzugter Zuschläge des Österreichischen Viehverkehrsfonds für die Ausfuhr ungarischer Lebendschweine nach Österreich.

-.-.-.-.-

Durch den Produktionsrückgang von Lebendvieh im Inland sah sich Österreich 1956 gezwungen, 98.000 Stück an Lebendschweinen aus dem Südoststaaten (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Polen) einzuführen. Durch diese Massnahmen wurden die mit den genannten Staaten vertraglich festgelegten Quoten weit überschritten; an der Lieferung soll Ungarn allein zur Hälfte an der zu liefernden Menge beteiligt worden sein.

Infolge des Aufstandes vom 23.10.1956 musste Ungarn die Lieferung vorübergehend einstellen, lieferte aber bereits im November 1956 den Rest der vereinbarten Menge und darüber hinaus ca. 6000 Stück Schweine für die Einlagerungsaktion.

Wie fast die ganze Welt bemühte sich dagegen Österreich, tausende Tonnen Lebensmittel für die Versorgung des ungarischen Volkes aufzubringen. Dabei sind sich Fachleute der Verknappung auch auf dem Sektor der Fleischversorgung in Ungarn bewusst. Diese Tatsache hat die ungarische Regierung in den letzten Tagen selbst zugehen müssen.

Im vollen Bewusstsein dieser Tatsachen sollen seitens des Österreichischen Viehverkehrsfonds weiterhin laufend bevorzugte Zuschläge für die Ausfuhr ungarischer Lebendschweine nach Österreich gewährt werden. Bei der am 10.d.M. erfolgten Ausschreibung einer Lieferung von 6000 Stück soll Ungarn allein 2400 Stück liefern, wiewohl die übrigen an der Lieferung interessierten Staaten im Preise nicht höher lagen als Ungarn.

Zurzeit soll eine Vertretung der zuständigen staatlichen Firma Terimpex aus Budapest in Wien weilen, um unter anderem auch mit der Gemeinde Wien wegen Schlachtung und Einlagerung restlicher noch vorhandener Mengen an Lebendschweinen zu verhandeln, Aktionen, wie sie bereits mit der DDR und Italien zum Abschluss gebracht wurden.

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Jänner 1957

Mit der Außerlandbringung der letzten Reserven soll ein Mittel erstehen, die Arbeiter unter dem Motto keine Arbeit - keine Devisen unter Druck zu setzen, während in Wirklichkeit die eigenen, im Auslande lagernden Bestände wieder zurückbefördert werden sollen.

Die Begründung der Aktion mit dem Mangel an Futtermitteln erscheint insofern nicht zutreffend, als die Lebensmittelknappheit mit dem Verbrauch des Tierfutters nicht im Zusammenhange steht.

Diese Aktionen sollen vom Büro der österreichischen Vertreter ausgehen. Die beteiligte Firma Intrac, ursprünglich eine Gründung der KPÖ, hernach eine Vermittlung von Lebensmittelgeschäften in Wege der USIA, ist nach Abzug der Besatzungsmächte unter dem Namen Fürst & Co tätig.

Es muß **als** moralische Verpflichtung Österreichs erachtet werden, alle handelspolitischen Schritte zu vermeiden, welche geeignet wären, die Schwierigkeit der Lebensverhältnisse in Ungarn noch zu erhöhen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bereit,

1.) die Öffentlichkeit über die Vorgänge im Fleischhandel mit Ungarn aufzuklären und

2.) dem Ausverkauf Ungarns auf den Fleischsektor durch Einstellung bevorzugter Lieferung und Einlagerung von Reserven Einhalt zu tun?

-.--.-.-.-